

DIE LINKE. Koblenz regt jedoch an, dass die Landesregierung von Rheinland-Pfalz dieses Gesetz noch einmal zur Diskussion stellt, eventuell ändert und klarere Richtlinien zieht. Hierbei wäre es von unserer Seite sehr zu begrüßen, wenn Herr Hofmann-Göttig freiwillig auf diese Gelder verzichtet und diese einer karitativen Einrichtung in Koblenz, der Stadt, der er ja für acht Jahre als OB vorstand, zugutekommen lassen würde. Dies würde im Sinne eines „sauberen“ Ganges in den wohlverdienten Ruhestand bestimmt einen positiven Effekt haben und etwas „Geschmäcke“ aus der Sache herausnehmen.